



### Presseschau vom 05.06.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends/ nachts:

de.sputniknews.com: Angeblicher ukrainischer Journalist in Moskau als Spion verurteilt. Der Ukrainer Roman Suschtschenko ist in Moskau „wegen Spionage“ gegen Russland zu zwölf Jahren strenger Lagerhaft verurteilt worden. Das berichtete ein RIA-Novosti-Korrespondent am Montag aus dem Gerichtssaal.

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB sah es als erwiesen an, dass der 49-jährige Suschtschenko nur zur Tarnung für die staatliche ukrainische Nachrichtenagentur Ukrinform gearbeitet hatte. In Wirklichkeit gehöre er dem Kiewer Militärgeheimdienst an und habe in Russland die Armee und die Nationalgarde ausspionieren wollen. Die Anklage forderte für ihn 14 Jahre Haft.

Suschtschenkos Anwalt Mark Fejgin kündigte Berufung an. „Das Urteil gegen Suschtschenko ermöglicht im Prinzip seinen Tausch gegen (Kirill) Wyschinski. Ich kenne die Position Kiews. Sie wollen ihn (Suschtschenko) austauschen lassen“, sagte Fejgin.

Suschtschenko war im Oktober 2016 festgenommen worden. Die Ukraine kritisierte das Urteil scharf. Nach Angaben der Agentur Ukrinform ist Suschtschenko seit 2002 ihr Korrespondent. Die Agentur wies Spionageansuldigungen zurück und erklärte, dass der Journalist Urlaub gehabt habe und privat nach Moskau gereist sei.

Das russische Außenministerium teilte mit, dass Suschtschenko die Akkreditierung als Journalist nie beantragt hat.

Vor kurzem wurde in Kiew der Bürochef der staatlichen russischen Nachrichtenagentur RIA

Novosti, Kirill Wyschinski, verhaftet. Ihm drohen bis zu 15 Jahre Haft „wegen Landesverrats“.

de.sputniknews.com: Putin äußert sich zu Bedingungen für Krim-Übergabe an Ukraine. Der russische Präsident Wladimir Putin hat in einem Interview mit dem österreichischen Fernsehsender ORF erklärt, unter welchen Bedingungen Russland die Krim an die Ukraine übergeben würde.

„Diese Bedingungen gibt es nicht“, antwortete Putin auf die Frage eines ORF-Journalisten, was passieren müsste, damit Russland die Krim der Ukraine übergibt.

Im Interview wurde auch das Thema der bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Österreich angesprochen. Putin bezeichnete Österreich als einen traditionellen und zuverlässigen Partner Russlands in Europa und erklärte, beide Länder hätten viele gemeinsame Interessen.

„Wir haben lange und enge Beziehungen. Österreich ist ein traditioneller zuverlässiger Partner für uns in Europa. Selbst in den letzten Jahren war weder der politische Dialog noch der Dialog im Bereich Sicherheit und Wirtschaft trotz aller Schwierigkeiten abgebrochen worden“. Das sagte der russische Präsident, indem er auf die Frage nach den Gründen der gemesseneren Politik Wiens vor dem Hintergrund des härteren Herangehens anderer europäischer Länder antwortete.

Putin unterstrich, beide Länder würden große wirtschaftliche Projekte umsetzen, vor allen im Bereich Energie. „Wir haben viele gemeinsame Interessen“, fügte er hinzu.

Putin trifft am 5. Juni zu einem Arbeitsbesuch in Wien ein. Laut dem Pressedienst des Kremls sind Verhandlungen mit dem Bundespräsidenten, Alexander Van der Bellen, und mit Sebastian Kurz geplant.

### **vormittags:**

de.sputniknews.com: „Idiotismus“: Sankt Petersburg nimmt Stellung zu Drohungen aus Estland.

Die jüngsten Aussagen des estnischen Ex-Präsidenten Toomas Hendrik Ilves, laut denen Russland möglicherweise Sankt Petersburg verlieren könnte, sind verantwortungslos und „den Konjunkturinteressen zuliebe“ erfolgt. Dies äußerte der Abgeordnete der gesetzgebenden Versammlung von Sankt Petersburg, Denis Tschetyrbok.

„Diese Aussage hat nichts mit der Realität gemein“, so der Politiker.

Er verwies darauf, dass es seltsam sei, solche Aussagen von einem Menschen zu hören, „der während seiner politischen Karriere ziemlich hohe Ämter bekleidet hat: Er war Botschafter in den USA, Kanada, Mexiko, Außenminister und Präsident“.

Ein weiterer Abgeordneter der gesetzgebenden Versammlung von Sankt Petersburg, Alexej Kowaljow, bezeichnete die Behauptungen von Ilves als „Idiotismus“.

„Die Menschen sind komplett wahnsinnig. Falls sich Estland in einen Konflikt mit Russland einlassen will, lässt das die Nato natürlich nicht zu“, sagte er.

Der estnische Ex-Staatschef, Toomas Hendrik Ilves, hatte zuvor erklärt, dass Russland die Kontrolle über Sankt Petersburg, Tomsk und Omsk einbüßen könnte, sollte die Moskauer Führung Estland angreifen. Dabei erinnerte Ilves an einen Punkt des Nato-Vertrages, wonach der Überfall auf einen Mitgliedsstaat als Überfall auf die gesamte Allianz gilt.

Westliche Politiker, vor allem in den baltischen Ländern und in Polen, sprechen in letzter Zeit immer öfter von einer „russischen Bedrohung“. Moskau wies mehrmals darauf hin, dass Russland nie ein Nato-Land überfallen wird. Außenminister Sergej Lawrow zufolge weiß die Allianz Bescheid und nutzt diese Haltung als Anlass, um immer mehr Technik und Truppen unweit der russischen Grenzen zu stationieren.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben viermal in den letzten 24 Stunden die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij, Shelobok und Kalinowka**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Marine-Chef warnt vor „Point of no Return“.

Das Budget der Ukraine verfügt nicht über genügend Geld für den Bau der Korvette der Reihe „Wladimir Weliki“, wodurch dem Kriegsschiffbau des Landes unumkehrbare Folgen drohen. Seine Besorgnis darüber hat der Befehlshaber der ukrainischen Kriegsmarine Vize-Admiral Ihor Worontschenko dem Sender Insche.TV mitgeteilt.

Für den Bau der Korvette sei ein Zuschuss von 1,3 Milliarden Griwna (42,5 Millionen Euro) geplant gewesen, so Worontschenko.

„Ich stelle folgendes fest: Alle Staatsmänner scheinen Anordnungen zu unterzeichnen, die Mittel jedoch erst nach der Unterfertigung zu berechnen. Vor zwei Wochen traf ein Brief ein, in dem stand, dass der Staat keine passenden Mittel habe“, erzählte der Kommandierende. Indes habe er sich mit dieser Frage an den Präsidenten und an die Parlamentsabgeordneten gewandt, die jetzt versuchen sollen, die notwendigen Gelder zu beschaffen.

„Wie ist egal, aber geben Sie uns eine Milliarde 361 Millionen Griwna für die Flotte. Denn wenn wir nicht die entsprechenden finanziellen Mittel auftreiben, werden wir den Point of no Return überschreiten.“

Dabei würden ungefähr 9000 Arbeiter, rund 200 Unternehmen und auch die Partner der Ukraine im Ausland gefährdet, die „auf grünes Licht für die Fortsetzung der Finanzierung von uns warten“, mahnte Worontschenko.

Der Bau des ersten Schiffes im Rahmen des Projekts 58250 begann im Jahr 2011 und sollte in einem Jahr abgeschlossen werden. Die Frist wurde mehrmals verschoben. Im letzten Jahr wurde berichtet, dass der Start des ersten Schiffes im Jahr 2022 erfolgen soll. Insgesamt sieht das Projekt die Herstellung von vier Schiffen vor.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31262/17/312621750.jpg>

de.sputniknews.com: Russlands Präsident nennt wahres Ziel von Koalitionsangriff auf Syrien. Russlands Präsident Wladimir Putin hat in einem Interview für den österreichischen TV-Sender ORF den April-Angriff der westlichen Koalition auf Syrien kommentiert.

Die russischen Fachleute haben Russlands Staatschef Wladimir Putin zufolge keine Beweise für den Einsatz von C-Waffen im syrischen Duma finden können. Dies soll der Anlass für

einen Angriff auf syrische Territorien gewesen sein. Als die syrischen Streitkräfte dieses Territorium verlassen hätten, sei sofort vorgeschlagen worden, es von OPCW-Spezialisten prüfen zu lassen. Als sie bereits in der Nähe gewesen seien, sei ein Angriff verübt worden. „Sagen Sie bitte: Ist das der beste Weg, die Frage, was dort passiert ist, objektiv zu lösen? Ich denke nein. Aus meiner Sicht wird versucht, Bedingungen zu schaffen, die eine vollständige Ermittlung unmöglich machen. So ist das“, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin. „Es soll objektiv ermittelt werden, dann akzeptieren wir alles“, fügte der Staatschef hinzu. Am 14. April hatten die USA, Frankreich und Großbritannien Raketenschläge gegen syrische Regierungsobjekte versetzt, die für die Herstellung von Chemiewaffen genutzt worden sein sollen. Der russische Präsident, Wladimir Putin, bezeichnete die Schläge als einen Angriffsakt gegen einen souveränen Staat. Weder russische Militärexperten noch die Ortsbewohner bestätigten, dass die chemische Attacke, die zum Vorwand für die Luftschläge des Westens wurde, tatsächlich stattgefunden hatte. Die syrischen Behörden hatten die Vorwürfe, Chemie-Waffen gegen Zivilisten oder Terroristen eingesetzt zu haben, mehrmals zurückgewiesen. Das syrische Chemiewaffen-Arsenal war 2013 unter Kontrolle der Organisation für das Verbot chemischer Waffen aus dem Land ausgeführt worden.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 04. Juni 3:00 Uhr bis 05. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 16.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Oserjanowka, Dolomitnoje), Jasinowataja, Spartak, Shabitschewo, Trudowskije, Dokutschajewsk, Telmanowo (Nowaja Marjewka).**

In Folge eines Beschusses auf Dokutschajewsk von Seiten der ukrainischen Streitkräften folgende wurden zivile Objekte beschädigt:

- Lenin-Straße 88 – Fensterscheiben einer Wohnung beschädigt;
- Lenin-Straße 96 – Eingang, Türen und Inneneinrichtung des Geschäfts „Elit“;
- Lenin-Straße 88, Wohnung 21 – Fensterscheiben beschädigt;
- Lenin-Straße 88, Wohnung 42 – Fensterscheiben und eine Innenwand beschädigt;
- Watutin-Straße 11 – Fensterscheiben einer Wohnung beschädigt;
- Watutin-Straße 11, Wohnung 26 – ein Verbundfenster beschädigt;

Darüber hinaus wurden Schäden in Sajzewo festgestellt:

Rybalko-Straße 175 – das Dach ist beschädigt.

Außerdem wurde in Folge der Verletzung des Regimes der Ruhe von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **ein weiteres Mal der Schichtwechsel in der Donezker Filterstation verhindert.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 204. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 156.

de.sputniknews.com: ORF-Interview: Unterbrechungen von Journalisten zwingen Putin zu Deutsch.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat während eines 45 minütigen Interviews für den österreichischen TV-Sender ORF mehrmals den Moderator zu Geduld aufgerufen – sogar in

deutscher Sprache.

„Wenn Sie die Geduld aufbringen, mir bis zum Ende zuzuhören, dann werden Sie meinen Standpunkt erfahren. Gut?“, so Putin, als der Moderator versuchte, die Position des Präsidenten zu präzisieren, ohne seine Antwort in Bezug auf den Absturz von MH17 der Malaysia Airlines im Donbass bis zum Ende gehört zu haben.

„Noch eine Sekunde, nicht so schnell, lassen Sie mich das zu Ende erklären. Sonst ist das kein Interview, sondern ein Monolog einer Seite, Ihrer Seite. Darf ich den Satz zu Ende bringen?“, kommentierte Russlands Präsident eine weitere Unterbrechung.

„Sekunde, lassen Sie mich ausreden. Wollen Sie dauernd Fragen stellen oder wollen Sie meine Antworten hören? ...“, reagierte Putin auf mehrere ähnliche Fragen bezüglich der Präsenz der russischen Armee auf der Krim im Jahre 2014.

Kurz danach versuchte der Moderator weitere Details von Putin zu bekommen. „Sie haben mich übrigens schon wieder unterbrochen. Hätten Sie mich ausreden lassen, würden Sie verstehen, worum es geht. Ich werde also trotzdem zu Ende sprechen“, antwortete der russische Präsident.

In einem Moment begann Russlands Präsident, Deutsch zu sprechen, um den Journalisten zur Geduld aufzurufen: „Seien Sie bitte so nett“ und nochmals später: „Seien Sie bitte so nett, lassen Sie mich etwas sagen.“

Auf die Worte des Moderators „Aber wir haben so wenig Zeit. Und ich habe so viele Fragen!“ reagierte Putin auf Deutsch wie folgt: „Nein, nein, wir haben genug“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32101/79/321017907.jpg>

de.sputniknews.com: Stockholmer Gericht lässt Gazprom-Eigentum zugunsten von Naftogaz pfänden.

Ein Gericht in Stockholm hat die Beschlagnahme der holländischen Aktiva des russischen Energiekonzerns Gazprom beschlossen. Damit soll der Schadenersatz an den ukrainischen Versorger Naftogaz beglichen werden, zu dem Gazprom verurteilt worden war. Auch die Anteile an Nord Stream 2 sollen eingefroren werden, wie Naftogaz am Dienstag mitteilte. Das Handelsgericht in Stockholm hatte am 28. Februar einer Klage von Naftogaz gegen Gazprom stattgegeben und den russischen Energiekonzern verpflichtet, Naftogaz 2,56 Milliarden US-Dollar als Ausgleich zu zahlen – Russland habe weniger Gas durchgeleitet als vereinbart. Gazprom focht diese Entscheidung an und forderte eine Aufhebung des Urteils zu dem Transitvertrag mit der Ukraine.

Naftogaz hat laut der Pressestelle des ukrainischen Unternehmens in der vorigen Woche bei dem schwedischen Gericht beantragt, die Anteile von Gazprom an dessen niederländischen Tochtergesellschaften beschlagnahmen lassen zu dürfen. Dem Antrag sei stattgegeben worden.



Außerdem sollen die Anteile an Pipeline-Projekten Nord Stream AG und Nord Stream 2 AG des russischen Staatskonzerns eingefroren werden, so Naftogaz...

de.sputniknews.com: Ukraine will Russland mit „geilen Waffen“ niederwalzen.

Die Ukraine wird Russland nicht mit ihrer Soldatenstärke, sondern mit der Waffenqualität niederringen. Dies hat der Chef des Rüstungskonzerns „Ukroboronprom“, Pawel Bukin, im Gespräch mit dem Nachrichtenportal „Obozrevatel“ erklärt.

Ein „Obozrevatel“-Reporter fragte Bukin, ob es neue „geile Waffen“ gebe, die bislang nicht angekündigt worden seien.

„Ja. Zurzeit werden Marschflugkörper getestet“, antwortete Bukin. Mit weiteren Details hielt er sich jedoch zurück.

Er betonte zudem, dass „Ukroboronprom“ jenen Rüstungsarten Aufmerksamkeit schenke, die „dem Feind in kurzer Zeit maximalen Schaden zufügen“.

„Es ist dumm, zu erwarten, dass wir Russland mit der Anzahl von Soldaten vernichten werden. Deshalb werden wir auf die Qualität der Waffen setzen“, so Bukin.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31966/63/319666318.jpg>

### **nachmittags:**

ukrinform.ua: Gericht nimmt holländische Gazprom-Aktiva in Beschlag.

Das Gericht nahm die holländischen Aktiva von Gazprom aufgrund eines Urteils des Stockholmer Schiedsgerichts in Beschlag für die Auszahlung an den Energiekonzern der Ukraine Naftogas Ukrainy \$2,6 Milliarden.

Dies teilte die Pressestelle des Unternehmens mit.

„In der vorigen Woche hat der Energieversorger Naftogas Ukrainy einen Antrag über die Beschlagnahme der Anteile des Energiekonzernes Gazprom in seinen holländischen Tochtergesellschaften und über die Verschuldung dieser Gazprom-Tochtergesellschaften gestellt. Der Antrag wurde zur Sicherung des Anspruchs von Naftogas bezüglich des Erhalts von 2,6 Mrd. US-Dollar vom russischen Monopolisten aufgrund der Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts eingereicht, die im Februar 2018 getroffen worden war“, heißt es in der Mitteilung.

Das holländische Gericht hat diesen Forderungen stattgegeben. Dabei weigerten sich sechs von sieben Tochtergesellschaften von Gazprom in Holland, mit Gerichtsvollziehern zusammenzuarbeiten, obwohl das die Beschlagnahme nicht beeinflusst.

Naftogas betont, dass die Berufung von Gazprom gegen die Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts keine automatische Aussetzung der Erfüllung Verpflichtung seitens des

russischen Unternehmens bedeute, umgehend abzufinden, und den Prozess der Eintreibung von Forderungen nicht beeinflusse.

Dan-news.info: „Um 11:20 Uhr sind in Begleitung der OSZE-Mission und des Zivilschutzministeriums der DVR Arbeiter Donezker Filterstation auf dem Territorium der Station eingetroffen. Sie haben eine Gruppe von Mitarbeitern, die gestern für den zweiten Tag zur Arbeit dort geblieben sind, abgelöst. Die Donezker Filterstation funktioniert normal“, teilte der Minister für Städtebau und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez mit.

de.sputniknews.com: OSZE empört über ukrainische Liste von „Verräter“-Journalisten. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat die Ukraine wegen der Veröffentlichung einer so genannten Verräter-Liste mit den Namen der Journalisten als inakzeptabel bezeichnet.

Wie der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Harlem Desir in seinem Brief an die Regierung in Kiew schrieb, soll das Land so etwas nie wieder zulassen.

Der Hintergrund für diese Reaktion der europäischen Gemeinschaft ist die von der Pressesprecherin der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft, Larissa Sargan, veröffentlichte Liste mit insgesamt 26 Personen, die die ukrainischen Sicherheitsdienste wegen des fingierten Mordes an dem russischen Journalisten Arkadi Babtschenko kritisiert hatten. Auf der Liste stehen auch die zwei Journalisten Mirosława Gongadse und Sergei Tomilenko, der Mitglied des Nationalen Journalistenverbandes der Ukraine ist.

„Eine Liste mit den Journalistennamen zu publizieren und ihnen Verrat vorzuwerfen ist inakzeptabel und gefährlich“, schrieb Desir. Dies stelle eine ernsthafte Gefahr für die Sicherheit dieser Personen dar. „Ich rufe die Staatsorgane auf, sich einzumischen und solch eine Vorgehensweise zu stoppen“.

Die Journalisten und die Medien sollen Desir zufolge ihre Meinung frei und offen äußern können.

„Diejenigen als Verräter zu bezeichnen, die eine kritische Meinung vertreten, bedeutet, sie großer Gefahr auszusetzen. Das darf nicht zugelassen werden“.

Vorige Woche hatte die ukrainische Polizei mitgeteilt, dass der Journalist Arkadi Babtschenko mit Schusswunden am Rücken in seiner Kiewer Wohnung aufgefunden worden und auf dem Weg ins Krankenhaus gestorben sei. Russland, andere Staaten und internationale Organisationen verurteilten das Attentat und forderten von Kiew eine Aufklärung.

Der Chef des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU, Wassil Grizak, beschuldigte Geheimdienste Russlands, einen Mordanschlag auf Babtschenko in Auftrag gegeben zu haben. Das Attentat sei jedoch durch den SBU verhindert worden. Die Inszenierung sei nötig gewesen, um die Anschlagpläne zu enttarnen.

Dan-news.info: Die ersten zehn Straßenbahnen aus republikanischer Produktion werden den Donezker Elektrotransportpark ergänzen. Dies teilte heute der Minister für Industrie und Handel der DVR Alexej Granowskij mit.

„Für Donezk sind 10 Straßenbahnen bestellt. Außerdem haben wir die Bürgermeister von Gorlowka und Jenakiewo angeschrieben. Ich bin überzeugt, dass sie das interessiert“, sagte Granowskij.

Die erste Straßenbahn wird bereits Ende Juni getestet werden. Ab Herbst dieses Jahres wird sie normal auf Linien eingesetzt werden.

Die Produktion von Straßenbahnen führt in der DVR die Donezker Elektrotechnische Fabrik durch. Zurzeit werden dort Arbeiten zur Metallverkleidung der Straßenbahnen durchgeführt, danach beginnt die Lackierung.

„Unsere Aufgabe ist es, nicht nur die Elektrofahrzeugsparks der Republik zu erneuern,

sondern auch zu exportieren. Deshalb werden wir, nachdem die Straßenbahn in der DVR ihren Betrieb aufgenommen hat, potentielle Partner einladen, insbesondere betrifft dies den südlichen föderativen Kreis der RF, um die Produkte zu demonstrieren und mögliche Verträge zur Lieferung von Straßenbahnen nach Russland abzuschließen“, teilte Granowskij mit.

Derzeit sind die Kapazitäten der Fabrik so, dass eine Straßenbahn in drei Monaten erzeugt werden kann.

de.sputniknews.com: „Assads Enteignungsgesetz“: Medienkampagne soll Rückkehr von Syrern behindern.

*Karin Leukefeld*

„Baschar al-Assad will Flüchtlinge enteignen“ war vor wenigen Wochen fast wortgleich in deutschsprachigen Medien zu lesen. Von einem „perfiden Trick“ war die Rede. Die Flüchtlinge sollten „bestraft“ und an der Rückkehr gehindert werden. Die Bundesregierung wollte EU und Uno einschalten. Doch das Gesetz ist absichtsvoll falsch interpretiert worden. Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte bei der Pressekonferenz mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 18. Mai in Sotschi diesen auf, Damaskus daran zu hindern, das angebliche „Enteignungsgesetz“, das Gesetz Nummer 10, umzusetzen. Hätte die Bundesregierung ihre Botschaft in Damaskus geöffnet, wäre Angela Merkel diese Peinlichkeit erspart geblieben. Denn die syrische Regierung hatte das Gesetz Nr. 10 zu diesem Zeitpunkt bereits überarbeitet.

Die Medien, die Ende April die angebliche Enteignung fast täglich skandalisierten, zeigten wenig Interesse, den Gesetzestext überhaupt zu lesen oder auch nur zu recherchieren, wie und ob das neue Gesetz angewandt wird. Ob wissentlich oder nicht: Sie ließen sich, und nicht zum ersten Mal, für eine „Anti-Assad-Kampagne“ instrumentalisieren.

Mehr als 100 Anrufe von Syrern im Ausland habe er aufgrund der Medienkampagne bekommen, erklärte Elia Samman, der den Minister für nationale Versöhnung in Syrien berät. Die verbreitete Darstellung habe die Syrer „gegen die Regierung aufstacheln“ sollen. Das Gesetz werde absichtlich falsch interpretiert.

Bei einer Pressekonferenz in Damaskus äußerte sich nun der syrische Außenminister Walid al Moallem zum Gesetz Nr. 10. Auf eine Frage der britischen BBC, in der der syrischen Regierung „Enteignung“, „demographische Veränderungen“, „Umsiedlungen“, „ethnische Säuberungen“ und „Strafmaßnahmen“ im Zusammenhang mit dem geplanten Wiederaufbau von kriegszerstörten Gebieten vorgehalten wurde, erklärte Moallem, Artikel 15 der syrischen Verfassung „verbietet jede Enteignung“. Ausnahmen seien nur möglich, wenn übergeordnetes öffentliches Interesse bestehe. In diesem Fall würden die Eigentümer entschädigt.

Nach der Befreiung der Gebiete um Damaskus müssten die Eigentumsverhältnisse überprüft werden, so Moallem. Grundbucheintragungen in den jeweiligen Orten seien von bewaffneten Gruppen absichtlich verbrannt oder entwendet worden. Um Manipulationen in Sachen Grundbesitz, Wohnungs- oder Hauseigentum zu verhindern, müssten die Eigentümer sich melden, damit ihre Rechte gesichert und die Grundbucheintragungen erneuert werden könnten. Im Falle eines Wiederaufbaus müsse jeder entsprechend seinem Eigentum berücksichtigt werden.

In Syrien lebende Eigentümer können demnach ihre Unterlagen binnen 48 Stunden überprüfen lassen. Im Ausland lebende Syrer können in Syrien lebende Angehörige bis zum vierten Verwandtschaftsgrad mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragen. Wenn die Eigentümer selber kommen wollen, haben sie dafür jetzt ein Jahr Zeit. Diese Frist betrug zuvor einen Monat.

Nicht viele Medien haben diese Nachricht aufgegriffen. Zeit-Online jedoch triumphierte: „Frist von umstrittenem Enteignungsgesetz verlängert. Das Assad-Regime gibt dem internationalen Druck offenbar nach.“ Syrien habe „auf internationale Kritik reagiert“,



meldete auch der Deutschlandfunk.

In Damaskus reagiert man auf solche Selbstgefälligkeit nicht. Für den libanesischen Außenminister Gibran Bassil fand Moallem derweil beruhigende Worte. Bassil meinte, dass syrische Flüchtlinge im Libanon durch das Gesetz Nr. 10 – mit dem ihr Eigentum konfisziert werden könne – von ihrer Rückkehr nach Syrien abgehalten werden könnten. Niemand sei so sehr an der Rückkehr der Syrer in ihre Heimat interessiert wie die syrische Regierung, erklärte Moallem: „Egal wo sie sind, nicht nur im Libanon.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32101/96/321019695.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den letzten 24 Stunden ist die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feindseite von Seiten der ukrainischen Kämpfer unverändert geblieben.

In **Richtung Gorlowka** hat der Feind die Gebiete von **Sajzewo, Oserjanowka, Dolomitnoje und das Gebiet des Gagarin-Bergwerks** beschossen und fünf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert sowie Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In **Richtung Donezk** haben ukrainische Kämpfer **Jasinowataja, Dokutschajewsk, Spartak, Shabitschewo und Trudowskije** beschossen. Dabei haben die ukrainischen Terroristen 14 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert. Außerdem wurden kontinuierlich Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Mariupol** haben die Terroristen das Gebiet von **Nowaja Marjewka** mit Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern beschossen.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung werden noch genauer ermittelt.

Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **16-mal das Regime der Feindseite verletzt**.

In Folge des Beschusses auf Dokutschajewsk von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden ein Geschäft und sechs Wohnungen in dreistöckigen Häusern in der Lenin- und der Watutin-Straße beschädigt.

Zu unserem großen Bedauern **starb bei der Erfüllung seiner militärischen Pflicht ein Soldat der Donezker Volksrepublik**.

Gestern haben ukrainische Massenmedien über ein Gefecht im Gebiet der DFS informiert. Wir schließen nicht aus, dass es sich um innere Auseinandersetzungen zwischen Kiewer Truppen über die Kontrolle über das Gebiet des kritisch wichtigen Objekts handelte.

Am wahrscheinlichsten hat Najew den Auftrag gegeben, im Vorfeld des Besuchs des stellvertretenden Leiters der OSZE in der Ukraine A. Hug das Gebiet der Station von nicht von ihm kontrollierten ukrainischen Kämpfern zu säubern und deren Positionen nach Möglichkeit mit regulären Truppen zu besetzen, die die Befehle des Stabes der

Besatzungskräfte genau ausführen werden. Dabei hat Najew, um die Beschuldigungen bezüglich der Eröffnung des Feuers im Gebiet der DFS von sich abzuwenden, die gesamte Verantwortung für den Beschuss der Station auf die Streitkräfte der DVR geschoben und so ein weiteres Mal die Hacken vor dem Beamten aus der OSZE zusammenschlagen. Aber an die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit des „Selbst-PR-Spezialisten“ Najew glaubt schon lange niemand mehr, der „blutige Humanist“ hat seine eigene Reputation durch heuchlerische Erklärungen über die Sorge um friedliche Einwohner verdorben. Denn tatsächlich vernichtet er sie blutrünstig mit zielgerichtetem Artillerie- und Mörserfeuer.

Die Version, dass die DFS von Seiten der „OOS“ beschossen wurde, bestätigen Einwohner von Krutaja Balka und Awdejewka, die Beschuss vom durch die ukrainischen Streitkräfte besetztem Territorium aus festgestellt haben und dabei anmerken, dass sie keine erwidern Handlungen von Seiten der Streitkräfte der DVR beobachtet haben.

Gestern hat die ukrainische Seite einen Dreimonatszeitraum für Übungen im Gebiet des Asowschen Meeres ausgerufen. Allem Anschein nach hat die ukrainische Regierung beschlossen, über den Sommer ihren gesamten Metallschrott, der an den sandigen Ufern des Asowschen Küstengebiets vor sich hin rostet, unter Wasser zu setzen. Ein ihm eigenes Gefühl hat das Kommando der Besatzungskräfte dazu gebracht, die in den USA abgeschriebenen und der Ukraine geschenkten Schiffe ins Meer zu bringen, um eine Parodie einer breit angelegten Übung zu organisieren. Unter den lang andauernden Beschränkungen leiden nur die friedlichen Einwohner des Asow-Gebiets.

Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass sich hinter solchen pompösen Erklärungen der ukrainischen Regierung ein Versuch, von den Minsker Vereinbarungen verbotene Militärtechnik in Richtung Mariupol zu konzentrieren, verbergen kann.

Im Zusammenhang damit rufen wir die Beobachter der OSZE-Mission auf, dieses Gebiet unter ständige Kontrolle zu nehmen, um grobe Verletzungen der Minsker Vereinbarungen festzuhalten.

Die Einschränkungen und Einschüchterungen von Seiten der Besatzungskräfte fühlen die örtlichen Einwohner bereits. Erst gestern wurde im Asowschen Meer vor der Küste von Mariupol ein Fischkutter beschossen. Dies beweist ein weiteres Mal, dass jede Anwesenheit der Besatzungskräfte im Donbass zu Ausschreitungen gegenüber friedlichen Einwohnern führt.

Und zum Abschluss, das Kommando der Besatzungskräfte hat Anweisungen verbreitet, dass es verboten ist, Sanitätsfahrzeuge für andere Dinge als die vorgesehenen zu verwenden, um die Bereitschaft der Sanitätseinheiten zur Bergung von toten und verletzten Kämpfern im Zusammenhang mit möglichen Massenverlusten aufrechtzuerhalten.

Diese Entscheidung wurde unter anderem aufgrund dessen getroffen, dass Fälle entdeckt wurden, in denen Kämpfer der 30. und der 24. Brigade Sanitätsfahrzeuge zum Transport von Schmuggelware in ihren Verantwortungsbereichen verwendet haben. Diese Information wird vom SBU überprüft.

de.sputniknews.com: Syrien: Zehn Tote nach erneutem Angriff der US-geführten Koalition – Sana.

Die Luftwaffe der US-geführten internationalen Koalition hat ein Dorf in der Provinz al-Hasaka im Nordosten Syriens angegriffen, wie die syrische staatliche Nachrichtenagentur Sana meldet.

Lokale Quellen teilten gegenüber Sana mit, dass die internationale Koalition erneut einen Luftangriff verübt habe. Der Vorfall ereignete sich demnach in einer Siedlung im Süden der syrischen Provinz al-Hasaka. Dabei sollen mindestens zehn Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, getötet worden sein.

Am 2. Juni hatte Sana gemeldet, dass mindestens acht Zivilisten bei einem Luftangriff der US-geführten Koalition in der Provinz al-Hasaka ums Leben gekommen seien.

Mitte Mai war mitgeteilt worden, dass die Kampfflugzeuge der US-geführten internationalen Koalition ein Dorf im Nordosten Syriens angegriffen hätten. Laut Berichten des syrischen staatlichen Fernsehens sind dem Angriff acht Zivilisten zum Opfer gefallen. Anfang Mai gab es einen weiteren Luftangriff der US-geführten Koalition auf einen Vorort der Stadt al-Hasaka. Dabei sollen mindestens 25 Menschen umgekommen sein.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Sie Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Strafruppen **viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von Seiten der ukrainischen Verbrecher wurden die Gebiete von **Donezkij, Shelobok und Kalinowka** beschossen.

Dabei verwendeten die ukrainischen Terroristen 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden mehr als 50 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Im Zusammenhang damit, dass einige Tage lang internationale Kommissionen und ausländische Delegationen in der Zone der militärischen Operation sind, bemerken wir ein Absinken der Aktivität der ukrainischen Truppen und eine Verringerung der Provokationen an den Abschnitten, an denen ausländische Experten ein Monitoring durchführen. Aber insgesamt wirkt sich das nicht auf die allgemeine Situation an der Kontaktlinie aus, sondern schafft nur die Illusion des Regimes der Ruhe von Seiten der ukrainischen Truppen.

So haben gestern ukrainische Truppen wieder das Feuer auf Wohnhäuser in Donezkij eröffnet, wo in Folge eines Mörserbeschusses zwei Wohnhäuser in der Krinitschnaja-Straße beschädigt wurden. Die Häuser befinden sich 50 Meter von einem Beobachtungsposten der ukrainischen Streitkräfte, deshalb haben die ukrainischen Truppen die Ortschaft zielgerichtet beschossen. Wir stellen weiter verbotene Waffen und Militärtechnik des Gegners in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie fest.

Im Gebiet von Stschastje ist heute ein Mehrfachraketenwerfer „Grad“ aus dem Bestand der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen.

Gleichzeitig haben die ukrainischen Soldaten aus der 80. Brigade der ukrainischen Streitkräfte die **Aufklärung mit Drohnen an der Kontaktlinie** aktiviert.

Ich will daran erinnern, dass die Verwendung von Drohnen in der Konfliktzone nur der OSZE-Mission erlaubt ist.

Das Kommando der Operation der Besatzungskräfte der Ukraine hat eine breit angelegte Informationskampagne begonnen, deren Ziel die Verbesserung des Images der ukrainischen Soldaten ist. Derzeit werden aktiv Maßnahmen durchgeführt, die auf darauf abzielen, in den Massenmedien Informationen bezüglich der entschiedenen und mutigen Handlungen der Soldaten der Ukraine während der Durchführung militärischer Aufgaben zu veröffentlichen. Nach unseren Informationen hängt dies mit dem massenhaften Unwillen junger Leute, die der Mobilisierung unterliegen, zusammen, in die Reihen der ukrainischen Streitkräfte einzutreten, und mit der großen Zahl von derzeitigen Soldaten, die ihren Vertrag über den Militärdienst mit dem Verteidigungsministerium der Ukraine auflösen möchten.

Ich merke an, dass die Einheiten der Volksmiliz der LVR nicht auf Provokationen reagieren, das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen einhalten. Wir sind auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass ausgerichtet. Aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entschieden im Interesse des Schutzes ihrer Bürger zu handeln.

Zu diesem Zweck werden in den Einheiten der Volksmiliz der LVR Übungen zur Erhöhung

der Fertigkeit und der Kampffähigkeit durchgeführt.  
Hauptziel der militärischen Ausbildung der Volksmiliz ist die Erhöhung der Geschlossenheit der Handlungen der Einheiten sowie des Personals der Volksmiliz der LVR bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben im vorgesehenen Zeitrahmen.

de.sputniknews.com: Nato-Offizier a.D. Scholz: Die Nato ist auf Konfrontation mit Russland aus.

*Armin Siebert*

Die Nato führt ein großes Manöver an der russischen Grenze durch, Polen drängt auf einen eigenen US-Stützpunkt, und in Deutschland eröffnet ein neues Nato-Kommando. Das alles wegen Russland. Jochen Scholz, langjähriger Bundeswehr-Offizier in Nato-Gremien und im Verteidigungsministerium, sieht darin eine Vorbereitung zur Konfrontation.

*Herr Scholz, die Nato verstärkt ihre Aktivitäten in Osteuropa, die EU rüstet auf und auch die USA greifen wieder ins Wettüben ein und erhöhen ihre Budgets. Das alles aus Angst vor Russland. Wie gefährlich ist die Situation?*

Ich schätze das durchaus als ausgesprochen gefährlich ein, weil wir uns historisch gesehen in einem Rückschritt befinden. Wenn man den Ausgangspunkt nimmt, 1990, die Charta von Paris im Rahmen des KSZE-Prozesses, wo alle ehemaligen Gegner und dann neuen Freunde sich gegenseitig in die Hand versprochen haben, dass man künftig Konflikte nur noch friedlich löst und den Krieg ausschließen will – da ist jetzt massiv der Rückwärtsgang eingelegt worden.

*Polen bittet aktuell die USA quasi darum, einen permanenten Militärstützpunkt im Lande einzurichten. Meinen Sie, es wird dazu kommen? Und ist damit für Russland eine rote Linie überschritten?*

Ob es dazu kommen wird – das könnte ich mir durchaus vorstellen, weil sich hier zwei Interessen sozusagen kreuzen. Man kann die polnischen geopolitischen Vorstellungen nicht trennen von dem, was wir in den 1930er Jahren schon mal erlebt haben, die Vorstellung des Intermariums auf der polnischen Seite. Das war auch eine geopolitische Vorstellung, mit der man einen Riegel zwischen Deutschland und Russland aufrichten wollte. Und das sehe ich durchaus in dieser Tradition, dass die Polen jetzt den Amerikanern dieses Angebot machen, eine permanente Panzerdivision der Vereinigten Staaten in Polen zu stationieren und dann auch noch für die Finanzierung aufzukommen. Und die Amerikaner haben nun diese Vorstellung, den Riegel aufzubauen zwischen Russland und dem Rest Europas, das haben sie nun auch schon lange verfolgt.

*Aber wäre damit nicht die Nato-Russland-Grundakte hinfällig? Die ist jetzt schon durch die rotierenden US-Truppen der Operation „Atlantic Resolve“ quasi ausgehehelt worden. Dabei ist die Nato-Russland-Grundakte doch im Moment noch der wichtigste Stabilitätsfaktor zwischen den beiden Militärlagern, oder?*

Wenn man wirklich von der Nato-Russland-Akte Gebrauch machen würde! Sie ist aus meiner Sicht bereits relativ tot. Da passiert nichts, da wird nicht wirklich ernsthaft über die Probleme gesprochen. Aus Russlands Sicht: Ob das eine rote Linie ist, würde ich mal eher verneinen. Eine US-Panzerdivision macht noch keinen Angriff. Ich sehe das auch nicht in so einem offensiven Sinne. Sondern ich halte das für eine Strategie der Provokation. Und da haben die Amerikaner eine Tradition.

*Dann könnte man Nato-Truppen jetzt auch in Ostdeutschland stationieren, oder?*

Wenn man sich die Nato-Osterweiterung anschaut, die da stattgefunden hat, die auch nicht stattfinden sollte, dann könnte man sagen: Ja, das wäre eine weitere Maßnahme. Gott sei Dank ist es noch nicht so weit.

*Müsste nicht der Nato-Russland-Rat jetzt dringend wieder auf Militär- und nicht nur auf Botschafterebene tagen? Wäre das nicht ein gutes Instrumentarium, um zumindest Schlimmeres zu verhindern?*

Seit der Ukrainekrise hat man den Nato-Russland-Rat praktisch nicht mehr genutzt. Das ist verdächtig. Wenn man so ein Forum, wo man sich austauscht und die gegenseitigen Befürchtungen auf den Tisch legen kann, nicht mehr nutzt, um in kooperativer Weise miteinander über die Probleme zu reden, dann ist das auch ein Fingerzeig darauf, dass man eben eher auf Konfrontation aus ist.

*Was haben wir noch an Stabilitätsfaktoren, um einen großen Militärkonflikt zwischen Russland und den USA zu verhindern? Wie steht es um die Abrüstungsverträge INF und New Start?*

Präsident Putin hat in seiner letzten großen Rede noch mal darauf aufmerksam gemacht, dass das vielleicht eine Chance wäre, endlich mal wieder über substantielle Abrüstung zu sprechen und solche Gespräche anzuberaumen. Aber davon hört man auch nicht viel, dass das positiv aufgenommen worden ist. Jetzt gibt es wieder Signale, dass Präsident Trump sich doch mit Putin treffen möchte. Aber ich bin da eher skeptisch, denn ich sehe die Position von Trump doch ziemlich gefährdet. Er ist eingekreist von den alten, sagen wir mal, was die Amerikaner die „War Party“ nennen – die ist parteiübergreifend. Denn das, was er jetzt in den letzten Monaten alles gemacht hat, widerspricht eigentlich völlig dem, was er in seiner Grundsatzrede beim Amtsantritt mal verkündet hat.

*Russland reagiert auch empfindlich auf das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem in Europa. Neben dem bereits aktiven Stützpunkt in Rumänien steht der Standort in Polen vor der Vollendung, und selbst in Deutschland ist eine Stationierung im Gespräch. Fühlen sich die Russen in diesem Punkt zu Recht provoziert?*

Ja, natürlich. Ich meine, die ganzen Begründungen dafür, dass das gegen das nicht vorhandene Raketen- und Atomprogramm des Iran gerichtet sei, das ist völlig lächerlich. Die amerikanischen Strategen, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben, also außerhalb der Politik, die haben ganz klar gesagt, worauf das abzielt. Man will sich einfach mit diesem Raketenabwehrsystem eine theoretische Möglichkeit schaffen, mit einem Erstschlag die russischen Atomwaffen auszuschalten und dann die Zweitschlagskapazität mithilfe dieser Raketenabwehr zu neutralisieren. In diesem Zusammenhang sehe ich auch diese Stationierung. Der Iran – das ist lächerlich, das ist eine vorgeschobene Begründung.

*Deutschland scheint nun auch im militärischen Bereich wieder ein Player werden zu wollen. Jetzt soll in Ulm ein neues Nato-Kommando eröffnet werden.*

Da würde ich weniger sagen, Deutschland wird zum Player, sondern da hat sich Deutschland mal wieder willfährig gegenüber Vorstellungen geneigt gezeigt, dem zuzustimmen. Das Fass wurde geöffnet von einem amerikanischen General, der sagte, wir haben enorme Schwierigkeiten, unsere Panzer von West nach Ost zu transportieren, innerhalb der Europäischen Union, und wir bräuchten etwas wie einen Nato-Schengen-Raum. So hat er sich ausgedrückt. Darauf ist dann die EU-Kommission ganz bereitwillig angesprungen. Dann schwappte die Debatte über in die Nato. Dann wurden positive Signale gesendet, ja, das sei auch alles wirklich begründet vor dem Hintergrund der Bedrohung durch Russland, die ich immer als eine imaginierte Drohung bezeichne, da nicht wirklich vorhanden. Insofern sehe ich diesen ganzen Komplex auch im Rahmen der US- und damit auch Nato-Strategie auf dem Wege zu einer Konfrontation mit Russland. Ich erwähnte vorhin das Stichwort Provokation. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Ende der 1930er Jahre: Pearl Harbour, das war auch eine gelungene Provokation. Man hat die Japaner so lang in die Enge getrieben, bis sie sich nicht mehr anders zu helfen wussten und dann eben Pearl Harbour angegriffen haben. Das ist eine Strategie, die Methode hat.

*Im Moment finden Provokationen nicht in Deutschland, sondern viel näher an Russland dran statt. Ein großes Nato-Manöver findet gerade in Osteuropa statt. Im Herbst soll das bisher größte Manöver mit 40.000 Nato-Soldaten stattfinden. Ist das business as usual oder eine neue Dimension?*

Nein, das ist schon auch eine neue Dimension. Das ist im Gesamtkontext dieser Entwicklung



zu sehen, die wir auch im Baltikum sehen. Die eigentlich permanente Stationierung, die man nur deswegen nicht permanent nennt, weil sie der Nato-Russland-Akte widerspricht, so dass man die Truppen ständig austauscht. Aber letztendlich bleibt unterm Strich, es sind dort permanent Nato-Truppen an der russischen Grenze stationiert. Und in diesem Gesamtkontext muss man das auch sehen.

*Im Juli findet der große Nato-Gipfel in Brüssel statt. Was erwarten Sie? Neue Mitglieder vielleicht?*

Ach, so weit sind wir noch nicht, dass wir neue Mitglieder aufnehmen. Aber ich erwarte dort einfach eine weitere Verschärfung der Konfrontationsstrategie. Und was ich persönlich bedaure, ist, dass die Bundesregierung bei diesen Beschlüssen immer mitmacht. Denn man muss sich mal vor Augen halten, dass ein Nato-Beschluss nur dann zustande kommt, wenn alle Mitglieder im Nato-Rat zustimmen. Wenn einer Nein sagt, gibt es keinen Beschluss. Insofern hat die Bundesrepublik dort eine massive Mitverantwortung.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32102/13/321021367.jpg>

Dnr-online.ru: Die Situation bezüglich des normalen Funktionierens der Donezker Filterstation bleibt recht schwierig. Nach vorliegenden Informationen weigern sich die Vertreter der OSZE-Mission, die Arbeitsschichten zu begleiten. Dadurch drohen ein Stillstand der DFS und die Einschränkung der Wasserversorgung in der heißen Sommerzeit in vielen Ortschaften der Republik und auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium. Dies berichtete heute der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew.

„Heute ist der Schichtwechsel ohne Probleme erfolgt. Aber leider ist das nicht immer so. Die letzte Schicht war zwei Tage an der Station, weil sich die OSZE-Mitarbeiter wegen des Beschusses geweigert haben, die Mitarbeiter zu begleiten.“

Nach unseren operativen Informationen haben sich die Vertreter der OSZE geweigert, die Arbeitsschichten gemäß den Vereinbarungen weiterhin zu begleiten und sich tagsüber dort aufzuhalten. Die Ursachen sind unbekannt. Wenn diese Frage nicht in der nächsten Zeit geregelt wird, so wird die Filterstation allem Anschein nach stillgelegt werden.

Damit droht eine Beschränkung der Wasserversorgung in der heißen Sommerzeit in Donezk, Jasinowataja, Awdejewka usw.“, kommentierte Witalij Kishajew.

de.sputniknews.com: Gazprom reagiert auf angebliche Beschlagnahme seiner Aktiva in Niederlanden.

Der russische Energiekonzern Gazprom hat sich zu den jüngsten Mitteilungen von Naftogaz über den Schiedsspruch des Stockholmer Handelsgerichts zur Beschlagnahme der

niederländischen Gazprom-Aktiva geäußert.

Dabei verweist der Konzern darauf, dass „detaillierte Kommentare erst nach einer sorgfältigen Überprüfung der themenbezogenen Dokumente abgegeben werden, sollten sie der Firma offiziell zur Verfügung stehen“.

Gazprom werde seine Rechte „in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht“ verteidigen. Das Handelsgericht in Stockholm hatte am 28. Februar einer Klage des ukrainischen Energielieferanten Naftogaz gegen Gazprom stattgegeben und den russischen Energiekonzern verpflichtet, Naftogaz 2,56 Milliarden US-Dollar als Ausgleich zu zahlen - Russland habe weniger Gas durchgeleitet als vereinbart.

Der russische Konzern kritisierte das Gerichtsurteil als „asymmetrisch“ und kündigte an, Berufung einzulegen.

Naftogaz hat laut der Pressestelle des ukrainischen Unternehmens in der vorigen Woche bei dem schwedischen Gericht beantragt, die Anteile von Gazprom an dessen niederländischen Tochtergesellschaften beschlagnahmen lassen zu dürfen. Dem Antrag sei stattgegeben worden.

Außerdem sollen die Anteile an den Pipeline-Projekten Nord Stream AG und Nord Stream 2 AG des russischen Staatskonzerns eingefroren werden, so Naftogaz.

Ende Mai hatte Gazprom bestätigt, dass Naftogaz Aktivitäten zur Zwangseintreibung der Summe unternimmt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK:

Morgen, am 6. Juni 2018, wird die OSZE-Mission im Zusammenhang mit den nicht endenden Fällen von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung an der DFS das verstärkte Monitoring während des Schichtwechsels der Mitarbeiter der Station zeitweilig einstellen. Wir erinnern daran, dass nach dem Vorfall am 17. April, als in Folge eines Beschlusses seitens ukrainischen Streitkräfte fünf Mitarbeiter verletzt wurden, das verstärkte Monitoring der OSZE-Mission beim Schichtwechsel ein bestimmender Faktor für die Weiterfunktion der Station war.

Wir äußern die Hoffnung, dass bald alternative Methoden zur Gewährleistung der Sicherheit des Personals der DFS gefunden werden. Andernfalls wird es bei weiteren Provokationen der ukrainischen Streitkräfte und einer Weigerung der Mitarbeiter, ohne verstärktes Monitoring der Mission dorthin zu fahren, zu einem Stillstand der DFS kommen.

de.sputniknews.com: „Mögliche Kriegsverbrechen“: Amnesty International über US-Bombardements in Rakka

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat schwere Vorwürfe gegen die USA, Großbritannien und Frankreich wegen ihrer Luft- und Artillerieangriffe auf das syrische Rakka erhoben. Die Offensive habe zu Hunderten Todesopfern unter der Zivilbevölkerung geführt. Das geht aus dem jüngsten Bericht der Organisation hervor.

„Die hohen Opferzahlen ebenso wie das Ausmaß der Zerstörung in der Stadt lassen daran zweifeln, dass die Streitkräfte der US-geführten Koalition genug getan haben, um zivile Opfer zu vermeiden“, sagte Ilyas Saliba, Experte für den Nahen Osten bei Amnesty International in Deutschland.

Die Organisation wirft insbesondere dem US-Militär vor, bei der vier Monate andauernden Offensive auf die ehemalige IS-Hochburg Rakka unpräzise Waffen in dicht bewohnten Stadtteilen eingesetzt zu haben. Die Angriffe könnten daher als Kriegsverbrechen bewertet werden.

Amnesty forderte schnellstmöglich umfassende und unabhängige Untersuchungen, um den Überlebenden und Hinterbliebenen eine angemessene Wiedergutmachung zu ermöglichen. Russlands Verteidigungsministerium hatte im Dezember 2017 als wichtigste Errungenschaft

der US-geführten Koalition im Kampf gegen den Islamischen Staat die komplette Vernichtung der Stadt Rakka samt Zivilisten bezeichnet.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31797/42/317974204.jpg>

### Armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der Streitkräfte der DVR:**

Die ukrainischen PR-Spezialisten Najews haben ein weiteres Mal eine Märchengeschichte über die Vernichtung einer Drohne des Gegners ausgedacht und ihren Kommandeur in einer offiziellen Erklärung des Pressezentums des Stabs der „OOS“ so in den Himmel gehoben, dass sie sich nicht schämen, ihn ein weiteres Mal zu blamieren.

Die zweifelhaften Trümmer erinnern an ein weiteres kommerzielles Projekt der ukrainischen Seite, das bei Tests von allein abgestürzt ist. Nach der legendären Vernichtung einer eigenen Drohne des Typs Tu-141 „Strish“ durch Luftabwehrmittel der ukrainischen Streitkräfte beim letzten Mal, die vom Pressezentrum des Stabes der „OOS“ als Drohne der Streitkräfte der DVR vorgestellt wurde, kann man nur schwer an die Wahrheit neuer Erklärungen über Siege der ukrainischen Luftabwehr glauben.

Nach uns vorliegenden Informationen hat das Pressezentrum des Stabes der „OOS“ vom Kommandeur den Auftrag erhalten, mindestens 3-4 Materialien pro Tag zu veröffentlichen, die Najew preisen und seine Verbrechen im Donbass rechtfertigen. Ein so selbstverliebt Herangehen Najews reizt seine Untergebenen sehr, die im regelmäßig eine „Blamage“ organisieren.

de.sputniknews.com: Großbrand in Tschernobyl-Sperrzone.

Etwa zehn Hektar trockenes Gras brennen in der Tschernobyl-Sperrzone, meldete die Pressesekretärin des Katastrophenschutzdienstes in der Region Kiew Wiktorija Ruban. „Es brennt Gras und Trockenholz, bislang gibt es keinen Waldbrand. Insgesamt stehen zirka zehn Hektar in Flammen“, erläuterte Ruban.

Die Feuerwehr habe bereits am Dienstmorgens mit den Löscharbeiten begonnen. „Dort sind schon über 20 Fahrzeuge und etwa 100 Menschen des Personalbestandes im Einsatz. Auch ein Flugzeug und Hubschrauber sind in die Aktion involviert“, so Ruban. „Es gibt keine Brände auf dem Territorium des Kernkraftwerks Tschernobyl und besteht keine Gefahr, dass sich das Feuer auf die Objekte des Kernkraftwerks ausbreitet. Dieses Ereignis hatte keine negativen Auswirkungen auf die Strahlungssituation des Industriegeländes des Kernkraftwerks Tschernobyl. Zurzeit würde kein Übersteigen der für bestimmte Gebiete festgelegten Kontrollniveaus festgestellt. Die Strahlungssituation ist im Rahmen der Norm“, heißt es in der Mitteilung der Behörde auf Facebook.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/PMjbbq1udc8" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>  
<https://youtu.be/PMjbbq1udc8>

Dan-news.info: „Heute fand in Simferopol im Rahmen eines Arbeitsbesuchs ein Treffen von Vertretern der DVR und der LVR mit dem Republikoberhaupt der Krim Sergej Aksjonow statt“, teilt der Pressedienst des Volkssowjets der DVR mit.

Bei dem Treffen waren der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin, das Oberhaupt der Republik Krim, der Vorsitzende des Ministerrats Sergej Aksjonow, das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik, der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Denis Miroshniktschenko und das Mitglied des Föderationsrats der RF Sergej Zekow anwesend. „Es wurde die weitere Entwicklung der sozialökonomischen Zusammenarbeit zwischen der Republik Krim und der DVR und der LVR erörtert. Besondere Aufmerksamkeit wurde Fragen der Integration der Republiken in die RF gewidmet“, teilte der Pressedienst Puschilins mit. Es wird unterstrichen, dass Aksjonow die Bereitschaft äußerte, im Rahmen seiner Vollmacht die DVR und die LVR zu unterstützen.

de.sputniknews.com: *Van der Bellen bei Treffen mit Putin: US-Gas für Europa dreimal teurer als russisches.*

Der russische Präsident Wladimir Putin und der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen sind in Wien zusammen vor die Presse getreten. Besprochen wurden sowohl wirtschaftliche als auch politische Themen der bilateralen Beziehungen.

Laut dem österreichischen Staatschef ist das amerikanische Flüssigerdgas (LNG-Gas) um das Doppelte bis das Dreifache teurer als das russische Gas. Für Europa gebe es daher keinen objektiven Grund, die russischen Lieferungen durch amerikanische zu ersetzen, obwohl dies von einigen US-Politikern propagiert werden würde.

Der russische Präsident betonte seinerseits, dass Österreich mittlerweile zu einem der wichtigsten Knotenpunkte für die Lieferungen des russischen Gases geworden sei.

"Österreich ist (...) zu einem der wichtigsten Knotenpunkte für die Lieferungen des russischen Gases nach Westeuropa geworden und spielt eine wichtige Rolle für die Energiesicherheit des gesamten europäischen Kontinents", sagte Putin wörtlich.

Auch sehe man, dass das Gaspipeline-Projekt "Nord-Stream 2" bei den "österreichischen Partnern" Unterstützung bekomme.

Gleichzeitig unterstrich der russische Präsident, dass die gegenwärtige Sanktionspolitik des Westens allen Beteiligten schade. Die Aufhebung aller Sanktionen wäre für alle Seiten positiv.

„Aber ich wiederhole: Nicht nur Russland, sondern auch unsere europäischen Freunde sind daran interessiert, die (Zusammenarbeit) in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

*Russland und Österreich widersetzen sich erfolgreich Revision der Geschichte – Putin*

Die Zusammenarbeit der russischen und österreichischen Historiker ist laut Russlands Präsident Wladimir Putin befriedigend. Die Wissenschaftler widersetzen sich erfolgreich den Versuchen, die „schwierigen“ Zeiten der europäischen Geschichte zu revidieren.

„Die Historiker leisten im Rahmen der profilierten russisch-österreichischen Kommission einen gewichtigen Beitrag zu einer objektiven Untersuchung unserer gemeinsamen Vergangenheit. Sie widersetzen sich den Versuchen, einige schwierige Perioden der europäischen Geschichte zu revidieren“, sagte Putin nach seinem Gespräch mit dem österreichischen Präsidenten Alexander Van der Bellen.

Der Präsident bedankte sich bei den österreichischen Behörden dafür, dass sie sich um die Grabstätten sowjetischer Soldaten, die Österreich vom Faschismus befreit haben, gekümmert hätten.

**abends:**

de.sputniknews.com: „Als Druckmittel gegen Russland“: Pentagon offenbart Details neuer Atomwaffen.

Das US-Verteidigungsministerium hat erste Entwurfspläne für mehrere „kleine Atomwaffen“ erstellt, welche neue Optionen für Präzisionsschläge eröffnen sollen. Dies berichtet die Zeitschrift „Warrior Maven“ unter Berufung auf Pentagon-Vertreter und weist darauf hin, dass diese Waffen als Druckmittel gegen Russland verwendet werden sollen.

„Der Atomwaffenrat (NWC) hat getagt und den Entwurf des Plans genehmigt. Der NWC hat zugestimmt, der Nationalen Verwaltung für Nukleare Sicherheit zu genehmigen, mit der Erarbeitung des Umfangs, des Zeitplans und der Kosten dieses Vorhabens zu beginnen“, sagte Michelle Baldanza, Pentagon-Sprecherin, gegenüber „Warrior Maven“.

Die neuen Forderungen für niedrige Sprengkraft („Low-Yield“) sollen zurzeit als Grundlage für die weitere Entwicklung des Programms dienen.

Hans Kristensen, Leiter des Nuclear Information Project des Bundes amerikanischer Wissenschaftler, hat der Zeitschrift einen kleinen Einblick in Details der Waffen angeboten. Die Trident-Rakete, welche derzeit von strategischen U-Booten gestartet werde, trage einen thermonuklearen Sprengkopf W-76, der in einem Mk-4-Wiedereintrittskörper transportiert werde.

Trident könne zu Low-Yield modifiziert werden, indem die Uran-Unterbaugruppe bis auf den primären Plutonium-Auslöser deaktiviert werde. Dies würde mit einer relativ geringen Sprengkraft von fünf bis sechs Kilotonnen geschehen, sagt Kristensen.

Die Modifizierung sei viel einfacher, als die Herstellung einer vollständig neuen Rakete. Jedoch wäre Trident W76-2 schwerer abzuwehren, als ein Sprengkopf, der von einem Bomber oder einem Marschflugkörper abgeworfen werde, so Kristensen.

Zuvor hatte der Pentagon-Chef, James Mattis, vermutet, dass eine neue U-Boot-gestützte Rakete mit geringer Sprengkraft wahrscheinlich als Druckmittel gegen Russland verwendet werden könnte. Er hatte Russland eine ständige Verletzung des INF (Vertrag über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckensysteme – Anm. d. Red.) vorgeworfen und die Raketen als Verhandlungsmittel bezeichnet, um Russland wieder gefügig zu machen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31431/44/314314406.jpg>

ukrinform.ua: Entsorgung von Buk-Raketensystemen: Bellingcat bezichtigt russisches Verteidigungsministerium der Lüge.

Der Gründer des Recherchenetzwerkes Bellingcat Eliot Higgins hat das russische



Verteidigungsministerium der Lüge, dass Buk-Raketen, die älter als 25 Jahre sind, entsorgt werden, bezichtigt.

Russland hatte behauptet, dass es alle Buk-Raketen, die älter als 25 Jahre sind, beseitigt würden, schrieb Higgins auf Twitter. „Almaz-Antey“ habe eine der Raketen aus dem Jahr 1988 (später korrigierte der Autor das Datum auf 1987) bei seiner Untersuchung zur Katastrophe von MH17 2015 verwendet. Und diese Rakete sollte schon längst entsorgt werden, so Higgins.

Das internationale Ermittlerteam (Joint Investigation Team, JIT) stellte am 24. Mai seinen Zwischenbericht zum Abschuss des Flugzeuges vor. Nach Ergebnissen der Ermittler sei die Maschine mit einem Buk-Raketensystem aus Beständen der 53. Luftabwehr-Brigade, die in Kursk stationiert ist, abgeschossen worden. Die Niederlande und Australien machten am 25. Mai Russland offiziell für den Abschuss des Passagierflugzeuges verantwortlich.

Die Boeing der Malaysia Airlines mit Flugnummer MH17 wurde am 17. Juni 2014 über den besetzten Gebieten der Ostukraine abgeschossen. Alle 298 Menschen an Bord, darunter 196 Niederländer und 39 Australier, kamen ums Leben.

de.sputniknews.com: Syrien appelliert an UN nach jüngsten Schlägen der US-geführten Koalition.

Nach den jüngsten Schlägen der US-geführten Koalition auf Ziele in Syrien hat Damaskus an die UN appelliert. Das meldete die nationale syrische Nachrichtenagentur SANA am Dienstag unter Berufung auf das Verteidigungsministerium des Landes.

Den Angaben zufolge kamen bei den Attacken im Gouvernement Al-Hasaka mindestens zehn friedliche Zivilisten ums Leben.

„Das syrische Außenamt richtete ein Schreiben an den UN-Generalsekretär und den Vorsitzenden des Weltsicherheitsrates im Zusammenhang mit gesetzwidrigen Attacken der ‚internationalen Koalition‘ ... gegen friedliche Einwohner Syriens sowie gegen Souveränität, Einheit und Sicherheit des syrischen Territoriums“, teilte das Außenministerium mit.

„Bei ihren Angriffen auf mehrere Dörfer in den Gouvernements Al-Hasaka, Rakka und Deir ez-Zor wollte sich die Koalition für die Weigerung der Bevölkerung rächen, separatistischen Formationen von US-Verbündeten beizutreten. Die Koalition begeht Verbrechen gegen die Menschlichkeit und unterstützt den Terrorismus, um die syrische Souveränität zu untergraben“, hieß es.

Syrien rufe den UN-Sicherheitsrat ein weiteres Mal auf, die Verantwortung für den Schutz des globalen Friedens und der Sicherheit zu übernehmen und sofort zu reagieren, um dem Massaker, das die Koalition verübt, Einhalt zu gebieten. Es gelte auch, die gesetzwidrige feindselige Präsenz der US- und sonstigen ausländischen Kräfte auf syrischem Boden zu beenden, betonte das syrische Außenamt.

de.sputniknews.com: Einsturzgefahr: Brücke in Kiew verrostet – Entwicklungsingenieur

Der Ingenieur Georgi Rosnowski hat in einem Interview mit dem Rundfunksender „Hromadske Radio“ vor der Gefahr eines Einsturzes einer Brücke über den Dnepr in der ukrainischen Hauptstadt Kiew gewarnt. Die Brücke verbindet eine Straße und eine Eisenbahnbrücke, über die U-Bahn-Züge fahren.

Georgi Rosnowski war seinerzeit an der Entwicklung der Brücke in Kiew beteiligt. Laut dem Ingenieur hätte die Metrobrücke schon längst saniert werden müssen: Der Straßenbelag müsse abgetragen und eine neue Konstruktion errichtet werden. Zudem sollte die Anzahl der Fahrbahnen von zwei auf drei vergrößert werden.

„Ein solches (Sanierungs-)Projekt habe ich entworfen. Der Schwerlastverkehr über die Brücke wurde zwar bereits vor zehn Jahren verboten, die Brücke bleibt jedoch gefährdet“, sagte Rosnowski. Er verfüge über Studien, die zeigen, dass die Brücke jederzeit einstürzen

könne: „Ganz plötzlich: Zuerst wird sie an einem Punkt einstürzen, und dann werden die anderen Spannbögen wie bei einem Dominoeffekt einstürzen“, so der Experte. Die Gefahr eines Einsturzes sei entstanden, weil das Armierungseisen beim Bau der Brücke nicht richtig isoliert worden war und daher verrostete.

„Wäre diese Brücke gepflegt worden, könnte sie hundert Jahre stehen“, sagte der Experte. Allerdings habe die Kiewer Metrobrücke bereits dreißig Jahre nach ihrer Inbetriebnahme im Jahre 1965 ernsthafte Besorgnisse erregt: Bei einer Untersuchung seien mehrere Risse und ein schlechter Zustand des Armierungseisens festgestellt worden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32103/00/321030018.jpg>